# FRAKTIONSBESCHLUSS
# »LEBENDIGE REGIONEN STATT ÖDER ORTE
## GRÜNE ECKPUNKTE FÜR LEBENSWERTE REGIONEN

**5. September 2016**

Günstige Wohnungen und Häuser, ein eigener Garten, der Badesee mit dem Rad schnell zu erreichen: Für viele Menschen ist das nicht mehr Grund genug, um auf dem Land zu bleiben. Wer keine gute Schule für seine Kinder, keine Ausbildung oder keinen Job findet, wandert ab in die attraktiven Städte – im Osten wie im Westen Deutschlands. So entsteht überall ein Nebeneinander wachsender Städte in denen Wohnungen knapp und teurer werden und Dörfern und Gemeinden, in denen immer weniger Menschen leben. Das Phänomen betrifft Nordhessen ebenso wie Dörfer in der Prignitz oder in der Südwestpfalz. Und es betrifft auch strukturschwache Städte. Die Lebensverhältnisse in Deutschland fallen regional immer unterschiedlicher aus.[1]

Zwar profitieren Regionen, die gut an Städte angeschlossen oder wirtschaftlich gut aufgestellt sind, denn mehr Menschen wollen dort leben. Andere Dörfer und Gemeinden allerdings verwaisen; ihr Angebot vom Supermarkt über Kitas bis zum Hausarzt dünnt aus. Für die Menschen in diesen Regionen ist die Abwanderung ein schmerzhafter Prozess. Und er bringt große finanzielle und strukturelle Probleme mit sich. Denn die Ausgaben für Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Lebensqualität müssen von immer weniger Menschen getragen werden. Schulen, Kitas oder Nahverkehr, Schwimmbäder oder Krankenhäuser zu erhalten, ist teuer. Wenn finanzschwache Kommunen dann bei diesen Angeboten streichen, wenn der Dorfladen mangels Nachfrage dicht machen muss, nimmt die Lebensqualität weiter ab. Zudem geht in diesen Regionen durch „Schrumpfung" Wirtschaftskraft verloren. Es fehlen die abgewanderten Fachkräfte in der regionalen Wirtschaft, aber auch Arbeitgeber wie der Dorfladen, kleine Betriebe oder die Bibliothek verschwinden.

### GUTE CHANCEN FÜR ALLE – UNABHÄNGIG DAVON, WO JEMAND WOHNT

Menschen sollen da leben können, wo sie wollen. Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, ob in wachsenden oder schrumpfenden Regionen: Menschen müssen überall in Deutschland die gleichen Chancen haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Dafür setzen wir uns als grüne Bundestagsfraktion ein. Die Frage, wie ein Lebensweg verläuft, darf nicht der geografische Zufall entscheiden. Ob es gute Kitas, Schulen und Universitäten, Kinos und Theater gibt und gute Gesundheitsversorgung erreichbar ist, entscheidet wesentlich über die Lebensqualität und über die Zukunft einer Region. Ebenso ob es ausreichend Jobs gibt, die auch in Zukunft noch eine gute Perspektive bieten.

Als grüne Bundestagsfraktion machen wir uns dafür stark, dass die Menschen vor Ort mehr mitentscheiden können. Wer mit am Tisch sitzt, wenn etwa der neue Spielplatz geplant wird, fühlt sich der Region verbundener. Viele Beispiele zeigen, dass es nicht an Ideen und Initiative von Bürger*innen mangelt. Ob die rollende Zahnarztpraxis oder die Übernachtungskita: wenn Menschen sich einbringen, kommt eine ganze Region in Schwung. Wir wollen deshalb mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort fördern.

Damit auch mit knappem Geld und wenig Personal Mittel da ankommen, wo sie gebraucht werden, wollen wir die Raumordnung modernisieren und die Förderpolitik grundlegend reformieren. Damit

[1] Siehe Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Bundestagfraktion von Bündnis 90/Die Grünen „Regionalentwicklung schrumpfender ländlicher Räume" (BT-Drs. 18/5297)

ländliche Regionen ihre Lebensqualität erhalten und wirtschaftlich stark sein können, müssen Bund, Länder und Kommunen eng zusammenarbeiten. Der Bund muss dabei die Rahmenbedingungen so setzen, dass sich die Lebensverhältnisse in den Regionen nicht weiter auseinander entwickeln. Uns ist wichtig, in schrumpfenden Regionen die öffentliche Ausstattung zu erhalten, die allen Menschen Teilhabe ermöglicht. Als grüne Bundestagsfraktion wollen wir in lebenswerte Regionen investieren:

**Für gute Bildung und Arbeitsplätze:** Dafür wollen wir Schulen fit machen – mit einem 10 Milliarden-Sofortprogramm, um marode Schulen zu sanieren. Kleinstbetriebe sollen zusammenarbeiten können, um auszubilden. Die regionale Wirtschaft wollen wir mit einem Bundesprogramm Regionalvermarktung fördern und den Mittelstand mit einem Forschungsbonus steuerlich entlasten.

**Für schnelles Internet überall:** Erreichbares Internet verstehen wir als Teil der Daseinsvorsorge. In Zukunft soll an jedem Ort in Deutschland eine Internetverbindung mit 50 Mbit/s zur Verfügung stehen. Bis 2021 sollen drei von vier Haushalten mit Glasfaser ausgestattet sein. Auch auf Usedom soll die Lieblingsserie per Streaming geschaut, auch auf dem Land soll ein Start up-Unternehmen schnell in alle Welt Daten übertragen können.

**Für ein offenes, lebendiges Gemeinwesen:** Engagement und Menschen, die sich im Dorf- oder Gemeindeleben einbringen, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen mit mehr Mitteln aus dem Bundeshalt Engagierte fördern.

**Für eine gute gesundheitliche Versorgung:** Damit Menschen auch im Alter in ihren vertrauten vier Wänden leben können, damit Familien ausreichend versorgt sind und damit alle im Notfall schnell Hilfe erhalten, wollen wir das Netz von Gesundheit und Pflege verbessern. Ärzte und Krankenhäuser müssen erreichbar sein. Deshalb wollen wir die „Gesundheitsversorgung aus einer Hand" stärken und uns dafür einsetzen, dass Gesundheitsberufe besser zusammen arbeiten können.

## FÜR LAND UND HEUTE – NEUE WEGE STATT ALTER ANTWORTEN

Häufig wandern Menschen aufgrund eines strukturellen Wandels der Wirtschaft ab. Bereits nach der Ölkrise der 70er Jahre im Westen, aber auch nach der Wende in den neuen Bundesländern mussten viele große und mittlere Betriebe schließen, weil die Rentabilität andernorts höher war. Heute gehen Arbeitsplätze in kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben durch Konkurrenz industrieller Agrarbetriebe verloren, wie aktuell die Milchbauernkrise zeigt. Auch im Handel ist eine massive Marktbereinigung erfolgt. Der Lebensmittelhandel wird in Deutschland durch vier große verbliebene Anbieter dominiert. Das Ergebnis sind leerstehende Läden in öden Ortskernen und weite Wege zu oft anonymen Einkaufszentren. Diese Entwicklung wird durch falsche Weichenstellungen noch verstärkt. Etwa durch die erheblichen EU-Agrarsubventionen und eine Wirtschaftsförderung, die zu wenig auf regionale Wirtschaft setzt. Heute profitieren von Raumordnung und Regionalplanung nur wenige Großmärkte und Mittelzentren, während ganze Regionen veröden. In Ballungsräume, die stark an Bevölkerung gewinnen, werden hingegen Wohnraum und Infrastruktur knapp.

Die Frage, wie wir die Daseinsvorsorge bei abnehmender Bevölkerungszahl erhalten können, müssen wir heute neu debattieren. Denn es geht um Lebensqualität und Zukunftsperspektiven ganzer Landstriche: Was brauchen wir vor Ort, um gut zu leben? Wie viele regionale Unterschiede sind wir bereit zu akzeptieren? Dabei müssen wir neue Wege gehen, denn bei begrenzten finanziellen und natürlichen Ressourcen kann es kein „Weiter wie bisher!" geben.

## IN INFRASTRUKTUREN DER ZUKUNFT INVESTIEREN

### Infrastrukturen des Wissens und der Arbeit fördern: Regionen stark machen

Alle Menschen brauchen gleiche Chancen unabhängig davon, wo sie wohnen. Zugang zu guter Bildung und Berufen, die Zukunft haben, sind dafür die Voraussetzung – dafür machen wir uns als grüne Bundestagsfraktion stark. Gute Schulen, Kitas und Jobs können auch die Regionen beleben, die heute mehr und mehr verwaisen. Damit der Fachkräftenachwuchs auf hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze trifft, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe in Schwung bringen. So bleibt die Wertschöpfung in der Region. Denn Mittelstand, Handwerk und Betriebe bäuerlicher Landwirtschaft sind der Kern nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung in den Regionen.

Chancengerechtigkeit gelingt nur, wenn alle Kinder so früh wie möglich gute Kitas und Schulen in der Nähe haben. Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege" muss deshalb auch auf dem Land gelten. Das können ländliche Zwergschulen sichern. In diesen Grundschulen können Kinder gemeinsam in kleinen Klassen jahrgangsübergreifend lernen und werden ganztägig gut betreut. Deshalb fordern wir als grüne Bundestagsfraktion, überall in Deutschland ganztägige Kinderbetreuung und Ganztagsschulen auszubauen. Schulgebäude können Orte der Zusammenkunft sein, wo mehr stattfindet als nur Unterricht. Etwa wenn sie neben dem regulären Schulbetrieb von Sportvereinen, Kulturinitiativen oder dem Handwerk als Orte der Zusammenarbeit genutzt werden.

Damit junge Menschen auch nach dem Schulbesuch eine Perspektive in ihrer Region haben, setzen wir uns dafür ein, dass Klein- und Kleinstbetriebe beim Ausbilden kooperieren. Zusammen können sie eine vollständige Ausbildung anbieten. Mit überbetrieblichen Ausbildungsstätten der Kammern, kann so überall in Deutschland ein gutes Ausbildungsnetz entstehen. Dazu sollen auch die Berufsschulen die schulischen Ausbildungsanteile stärker als bisher nach Berufsgruppen bündeln können. Die Ausbildungsordnungen müssen dafür entschlackt und in verwandten Berufsgruppen stärker aufeinander bezogen werden.

Universitäten, Fachhochschulen oder außeruniversitäre Forschungseinrichtungen können Schrumpfungsprozessen entgegenwirken. Sie machen Regionen attraktiv für gut ausgebildete Menschen, die dort studieren, forschen, lehren und arbeiten wollen und ein internationales, weltoffenes Umfeld schätzen. Fachhochschulen undUniversitäten befeuern auch das Gründungsgeschehen: Häufig entstehen aus Forschungsideen heraus lokale Unternehmen (Spin-offs). Das gelingt dann besonders gut, wenn Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf die Stärken der Region setzen und berücksichtigen, was vor Ort gebraucht wird. Dann prägen sie auch das Selbstverständnis des Ortes mit. Etwa wenn an Fachhochschulen zu neuen Energiespeichern geforscht wird – und am Ort Genossenschaften Strom aus Sonne und Wind erzeugen. So kann ein Zusammenspiel entstehen, Forschung und regionale Wirtschaft gehen dabei Hand in Hand. Wir setzen uns für eine Wissenschafts- und Innovationspolitik ein, die Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Orte der Kreativität, Vielfalt und Innovation stärkt.

Für hochwertige Arbeitsplätze wollen wir die Wirtschaft auf dem Land ankurbeln, indem wir regionale Wertschöpfung stärken. In der bäuerlichen Landwirtschaft, in Handwerksbetrieben, im regionalen Gewerbe und in Dienstleistungsunternehmen entstehen Arbeits- und Ausbildungsplätze mit Zukunft.[2] Die heutige Agrarwirtschaft ist zu einseitig auf Export ausgerichtet. Immer mehr bäuerliche Betriebe müssen nach dem Prinzip „Wachse oder Weiche" aufgeben. Als grüne Bundestagsfraktion wollen wir bäuerliche Betriebe erhalten und stärken. Sie schaffen Wertschöpfung vor Ort: Kurze Wege vom Feld auf

[2] Zum gleichen Schluss kommt die Analyse „Regionale Bedeutung der Landwirtschaft und Förderung ländlicher Räume" des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR-Analysen kompakt 17/2015).

den Tisch helfen dabei, regionale Lieferketten aufzubauen. Ebenso neue Betriebsmodelle wie etwa die solidarische Landwirtschaft: Dabei tragen mehrere Haushalte die Kosten des Hofes mit und erhalten im Gegenzug einen Teil der Ernte. Der Zugang zu Land und weiteren Ressourcen ist für solche Gründungen Voraussetzung und muss durch eine gute Boden- und Landwirtschaftspolitik unterstützt werden.

Wirtschaftliche Entwicklung auf dem Land heißt für uns aber mehr als Landwirtschaft. Damit auch kleine Gemeinden für mittelständische Unternehmen interessant werden, muss die Förderung von Gründungen, von Forschung und Wachstum neu ausgerichtet werden. Als grüne Bundestagsfraktion führen wir wirtschaftliche und ökologische Interessen mit Handwerk, Ingenieurwesen und Umweltschutz zusammen. Der dezentrale Ausbau der Erneuerbaren Energien ist ein sinnvoller Weg, um strukturschwache Regionen zu stärken und Menschen in die regionale Entwicklung einzubinden. Deshalb wollen wir die Energiewende in Bürgerhand voranbringen. So bringen wir Klimaschutz und regionale Wertschöpfung zusammen, Menschen können sich planerisch und finanziell beteiligen. Vor Ort entstehen mit Energien aus Sonne und Wind zusätzliche Einnahmen sowie neue Arbeitsplätze. Gerade in innovativen Umwelttechnologien entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze, die noch attraktiver werden, wenn Unternehmen es ihren Beschäftigen leicht machen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Diese Entwicklungen wollen wir vorantreiben.

**ZUR UMSETZUNG DIESES ZIELS WOLLEN WIR:**

- Schulen mit den 10 Mrd., die wir den Kommunen in den nächsten 5 Jahren dafür bereitstellen, zu Ganztagsschulen und Knotenpunkten des gesellschaftlichen Lebens ausbauen: als Bildungszentren und Orte der Kooperation von Bildung, Sport, Kultur und Handwerk;
- Lernen und Wissen vor Ort halten: Mit Bundesmitteln längeres gemeinsames Lernen u.a. durch Zwergschulen mit kleinen, jahrgangsübergreifenden Klassen und Ganztagsbetreuung ermöglichen wie auch durch Angebote regional verankerter Hochschulen
- Kleinen Betrieben flächendeckend Ausbildung ermöglichen: Überbetriebliche Ausbildungsstätten in Zusammenarbeit mit den Kammern stärken bzw. ausbauen und die Berufsschulen durch ein neues Modernisierungsprogramm unterstützen;
- Hochschulen als Innovationskerne stärken: Moderne Infrastrukturen des Wissens durch ein gemeinsames Bund-Länder-Modernisierungsprogramm auf den Weg bringen, damit Bauten und Ausstattung zukünftig wieder auf der Höhe der Zeit sind.
- Für eine bäuerliche Landwirtschaft mit Zukunft: Neue Betriebs- und Kooperationsmodelle stärken und den Zugang zu Land und weiteren Ressourcen auch für Existenzgründer*innen sichern
- Regionale Wertschöpfung stärken: Regionale Wirtschaftskreisläufe durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung und einen Förderschwerpunkt in der Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung aufbauen und etablieren
- Regionale Wirtschaft in Schwung bringen: Gezielte Gründungs-, Wachstums- und Forschungsförderung sowie bessere Standortvoraussetzungen für Mittelstand und Handwerk schaffen
- Forschungsbonus einführen: Eine steuerliche Gutschrift stärkt forschenden Mittelstand
- Den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Bürger*innenbeteiligung als Entwicklungschance nutzen und so regionale Wertschöpfung und Klimaschutz zusammenbringen
- Familienfreundlichkeit der Betriebe fördern: Unternehmen unterstützen, die Möglichkeiten zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation und Arbeitskultur sowie betriebliche Kinderbetreuung anbieten

## 1 | Digitale Infrastruktur ausbauen: Schnelles Internet überall

Die Digitalisierung hat das Potential das Leben in Schrumpfungsregionen grundlegend zu verändern und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Rund 60 Prozent der Betriebe und ein Großteil der mittelständischen Unternehmen sind im ländlichen Raum angesiedelt. Sie müssen die Chancen der Digitalisierung gleichberechtigt nutzen können. Der regionalen Wirtschaft eröffnen sich so neue Möglichkeiten für innovative Geschäfts- oder Vermarktungsmodelle, die regionale Wertschöpfung ankurbeln und Arbeitsplätze auf das Land bringen. Etwa wenn der regionale Einzelhandel sich zusammenschließt und mithilfe mobiler Bürger*innen Lebensmittel und Waren noch am Bestelltag ausliefern kann.

Als grüne Bundestagsfraktion verstehen wir erreichbares Internet als Teil der Daseinsvorsorge. Menschen müssen unabhängig von ihrem Wohnort an der digitalen Welt teilhaben können. Das ermöglicht auch eine bessere regionale Entwicklung. Die Digitalisierung kann den Menschen die Fahrt oder gar den Umzug in die Stadt ersparen: Durch Online-Fachhandel, ein besser vernetztes Nahverkehrs- und Car Sharing-Angebot, durch eine digital gut vernetzte Schule oder Online-Vorlesungen der Universität. Durch neue Arbeitsmodelle und telemedizinische Angebote oder durch Online-Dienstleistungen von Verwaltungen. Damit diese Potentiale sich entfalten können, wollen wir mehr Rechtssicherheit, ein guten Daten- und Verbraucherschutz sowie die Netzneutralität gewährleisten. Unser Ziel ist es, bis 2021 das Glasfasernetz so nah an die Haushalte und Unternehmen auszurollen, dass drei von vier Haushalten mit Glasfaseranschlüssen (Ftth/Fttb) ausgestattet sind und die restlichen Haushalte mit Geschwindigkeiten von 50 Mbit/s ins Netz gehen können.

Gerade Verwaltungen sind auf teils nur dünn besiedelten Land anders gefordert als in Ballungszentren: Sie müssen große Flächen mit öffentlichen Dienstleistungen versorgen und Infrastruktur bereitstellen, um vergleichsweise wenige Bürger zu erreichen. Hier kann Digitalisierung echten Mehrwert schaffen. Doch die Bundesregierung lässt ländliche Räume bei der Digitalisierung zurück. Sie fördert einseitig vor allem Ballungszentren. Die Lebensverhältnisse können sich so noch weiter auseinander entwickeln. Während der „Smart City"-Ansatz gefördert wird, fehlt es an einem breiter angelegten Ansatz für ländliche Regionen. Als grüne Bundestagsfraktion wollen wir die digitale Kluft zwischen Stadt und Land schließen. Ein Konzept für smarte Regionen muss das Smart-City-Leitbild ergänzen – nachhaltig, technologisch fortschrittlich und für alle Menschen, die dort leben. Wenn die Innovationen Mensch und Umwelt im Blick haben, Sicherheit gewährleistet ist, sie betriebswirtschaftlich sinnvoll sind und vom bürgerschaftlichem Engagement getragen werden – dann stärkt die Digitalisierung das Miteinander in Regionen nachhaltig.

### ZUR UMSETZUNG DIESES ZIELS WOLLEN WIR:

- Mit schnellem Internet als Teil der Daseinsvorsorge Versorgungslücken überbrücken: In der Digitalen Agenda, dem Programm Intelligente Vernetzung und dem Modernitätsfonds einen Schwerpunkt auf die Chancen in dünn besiedelten Regionen legen
- Glasfaser ausbauen: Das Vermögen der Telekom-Aktien in Bundesbesitz im Wert von rund zehn Milliarden Euro für den Ausbau des schnellen Internets nutzen. Einnahmen aus dem Verkauf dieser Bundesanteile über ein Betreibermodell in den Infrastrukturausbau investieren
- Eine Koordinierungsstelle zwischen Bund, Ländern und Kommunen einrichten: So ergänzen sich Förder- und Investitionsprogramme und der Breitbandausbau wird vorangetrieben
- Einen Baustellenatlas einrichten: So können Tiefbauarbeiten ab einem bestimmten Ausmaß aufeinander abgestimmt und Kosten für die passive Infrastruktur langfristig verringert werden.

## 2 | Die Infrastruktur für eine offene Gesellschaft stärken: Damit alle teilhaben können

Wir machen uns stark für eine offene, moderne und tolerante Gesellschaft, in der alle willkommen sind – egal ob in der Stadt oder auf dem Land, in wachsenden oder schrumpfenden Regionen. Wir stehen für ein lebendiges Miteinander aller Generationen und wollen in der Einwanderungsgesellschaft Chancen für alle schaffen. Auch in Regionen, in denen immer weniger Menschen leben, müssen alle in Vereinen, Kirchen, Politik mitmachen können - ob zugezogen oder alteingesessen. Unser Ziel ist, dass Menschen, die nicht wegziehen wollen, nicht wegziehen müssen. Und eine Lebensqualität zu schaffen, die Zurückkehren einfacher macht.

Derzeit zieht es besonders Frauen in die Städte, weil sie auf dem Land weniger Bildungs- und Jobperspektiven für sich sehen. Diejenigen, die Kinder haben, können auf dem Land häufig Beruf und Familie schwer unter einen Hut bringen. Kitas sind oft ohne eigenes Auto nicht zu erreichen und erlauben aufgrund kürzerer Öffnungszeiten nur Teilzeit-Arbeit. Gute Angebote, die es Frauen und Männern erleichtern, Familie und Beruf zu vereinbaren, gehören zu einer lebenswerten Region dazu. Ganz wesentlich dafür: mehr Ganztageskitas und –schulen. Aber auch Arbeitszeiten, die so beweglich sind, dass Familie und Beruf besser zusammen passen. Dafür setzen wir uns als grüne Bundestagsfraktion ein. Was Unternehmen weibliche Fachkräfte sichert, ermöglicht Männern ihre Arbeitszeit zu reduzieren und Frauen echte Entscheidungsfreiheit. Langfristig steigen damit die Chancen auf beruflichen Wiedereinstieg von Müttern, Frauen sind im Alter besser abgesichert und ungleiche Bezahlung wird abgebaut. Und es entsteht auch mehr Freiraum für Männer und Frauen, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Jedes Gemeinwesen, jedes Dorf oder jede Stadt bleibt dann lebendig, wenn Menschen sich beteiligen. Ihr Engagement stärkt den Zusammenhalt und macht für viele Lebensqualität erst aus. Engagement hat in den vergangenen Jahren neue Formen gefunden. Und 2015 gab es mit den Flüchtlingen, die kamen, überall in Deutschland einen regelrechten Aufbruch der Hilfe und des Ehrenamtes. Aufgabe der Politik ist es, dieses bürgerschaftliche Engagement in seiner Vielfalt und Unabhängigkeit zu stärken. Kulturinstitutionen sind als Orte der Begegnung unverzichtbar. Ob in der Brauchtumspflege, der Kunst oder der kulturellen Bildung - wir wollen bürgerschaftliches Engagement unterstützen, ohne dass es professionelle Strukturen ersetzt. Die kulturelle Infrastruktur in dünn besiedelten Regionen muss den demografischen Veränderungen angepasst werden und gleichermaßen Angebote für Senior*innen wie Jugendliche schaffen. Denn Kultur hat einen Eigenwert: Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich kulturell zu bilden. Unser Ziel ist daher, dass Kinos, Theater, Sportvereine oder Bibliotheken für alle zugänglich und gut erreichbar sind. Das kann schrumpfende Regionen auch für Unternehmen attraktiv machen, deren Fachkräfte lieber dort arbeiten, wo ein gutes Kulturangebot besteht. In der Einwanderungsgesellschaft sind Orte, in der verschiedene Kulturen sich begegnen können, unverzichtbar für das Entstehen eines „neuen Wir". Für Geflüchtete sind Kultureinrichtungen wichtige erste Orte für Begegnungen und um in ihrer neuen Nachbarschaft teilzuhaben.

Damit auch schrumpfende Regionen attraktiv für Einwanderung bleiben, braucht es eine einladende, weltoffene und vielfältige Atmosphäre. Rassismus, Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind ausgrenzend und diffamierend. Sie richten sich nicht nur gegen Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch gegen viele Arten zu leben, zu lieben oder zu glauben. Dem treten wir entgegen. Wo zivilgesellschaftliche Angebote fehlen oder wegfallen, können sich solche Einstellungen verfestigen und zur Ausbildung gewaltbereiter neonazistischer Szenen führen. Angebote von Vereinen oder Jugendeinrichtungen, die langfristig finanziert werden, braucht es gerade in dünn besiedelten Regionen. Als grüne Bundestagsfraktion wollen wir die Zivilgesellschaft und die demokratische Kultur stärken, um Rassismus den Nährboden abzugraben. Probleme mit Rechtsextremismus dürfen nicht klein geredet werden.

**ZUR UMSETZUNG DIESES ZIELS WOLLEN WIR:**

- Kulturelle Infrastruktur stärken: Beispielsweise durch regionale Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen, Kulturknotenpunkten oder Kulturräte
- Frauen fördern – erst Recht auf dem Land: Durch das Modell der flexiblen Vollzeit mit Arbeitszeiten zwischen 30 und 40 Stunden in der Woche und der vereinfachten Freistellung bei der Pflege Angehöriger eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen
- Engagement stärken und Beteiligung fördern: Mit mehr Mitteln im Bundeshaushalt Engagierte besser begleiten und weiterbilden sowie mit einer Engagementkarte, die Rabatte in Schwimmbädern und anderen öffentlichen Einrichtungen ermöglicht, „Dankeschön!" sagen
- Orte der Interkultur in der Einwanderungsgesellschaft fördern: Das Angebot den veränderten Bedingungen der Einwanderung und des demografischen Wandels anpassen und kulturelle Bildung flächendeckend fördern
- Engagement gegen Rechtsextremismus stärken: Langfristige Finanzierung vielfältiger Angebote sicherstellen und Engagierten den Rücken stärken

## 3 | Infrastrukturen für Gesundheit und Pflege fördern: Auch in Zukunft gut versorgt

Da vor allem junge Menschen ihr Dorf oder ihre Kleinstadt verlassen, weil sie dort keinen Ausbildungsplatz oder Job finden, leben an vielen Orten vor allem ältere Menschen. Darunter auch viele, die chronisch krank sind und regelmäßig gesundheitlich betreut oder gepflegt werden müssen. Auf diesen wachsenden Bedarf reagiert die Bundesregierung nur unzureichend. Damit sie möglichst lange in ihren vertrauten vier Wänden leben können und damit alle anderen immer dann, wenn sie medizinische Hilfe brauchen, diese auch finden, setzen wir uns als grüne Bundestagsfraktion dafür ein, dass für sie ein gutes Hilfenetz für Pflege besteht und Ärzte erreichbar sind. Vor allem Hausärzt*innen haben vielerorts erhebliche Probleme, Nachfolgen für ihre Praxen zu finden. Pflegekräfte wandern ab, weil sie anderswo besser bezahlte Jobs und mehr Lebensqualität finden. Die Folge: Für immer mehr Pflegedienste und –Einrichtungen lohnt es sich an manchen Orten nicht mehr, Pflegenachwuchs auszubilden. Dabei wird in den nächsten Jahren gerade in Regionen, die verwaisen, der Bedarf an Pflegekräften weiter steigen.

Damit auch in ländlichen Regionen eine gute gesundheitliche Versorgung bereit steht brauchen wir ein Netz von Fachkräften und eine neue Aufgabenverteilung: Krankenschwestern und Altenpfleger etwa können mehr Verantwortung übernehmen: Blut abnehmen, Blutdruck messen oder mit Patient*innen und Pflegebedürftigen die Medikamenteneinnahme besprechen. Bei entsprechender Qualifikation sollen sie eigenverantwortlich auch weitergehende diagnostische und therapeutische Maßnahmen vornehmen können. Wenn die unterschiedlichen Gesundheitsberufe vor Ort eng zusammenarbeiten, kann auch in wenig besiedelten Landstrichen ein gutes Hilfenetz entstehen. Die gesundheitliche Primärversorgung ist zu stärken: Das schließt die geänderte Arbeitsteilung zwischen den Gesundheitsberufen ein – etwa in Primärversorgungsteams. Sie können Anlaufstelle für die Patient*innen sein, die hausärztliche Versorgung übernehmen und die weitere Behandlung steuern.

Gesundheitsversorgung in dünn besiedelten Regionen muss wirtschaftlich sein und daher Angebote bündeln. Um Menschen möglichst wohnortnah versorgen, bedarf es flexibler dezentraler Strukturen wie etwa Fahrdienste oder mobiler Praxisteams. Sie können durch Primärversorgungspraxen, ländliche Krankenhäuser, ambulante Pflegedienste und Gesundheitszentren gestützt werden. In kleinen Orten können regelmäßige Sprechstunden oder eine aufsuchende Beratung die Versorgung sicherstellen. Dabei helfen auch telemedizinische Verfahren und neue Informationstechnologien.

Für pflegebedürftige Menschen muss es eine Beratung aus einer Hand geben, damit sie unterstützende Angebote vor Ort kennenlernen und nutzen können. Das ermöglicht vielen zuhause wohnen bleiben zu können. Die Beratung sollte dort angesiedelt sein, wo auch die Angebote zusammenfließen: In der Kommune, die sie kennen die Bedürfnisse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner am besten.

**ZUR UMSETZUNG DIESES ZIELS WOLLEN WIR:**

- Gleichmäßige Versorgung in Regionen gewährleisten: Bei Planung der Gesundheitsversorgung Angebote der Krankenhäuser und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte aufeinander abstimmen. Besonders in der sogenannten Primärversorgung (niedergelassene Haus-, Kinder- und FrauenärztInnen) kleinräumiger planen.
- Mehr Anreize für die Integrierte Versorgung schaffen: Das ermöglicht eine Gesundheitsversorgung „aus einer Hand" ohne unnötige Brüche. Die Vergütung der Gesundheitsberufe soll sich stärker am Nutzen der Behandlung für Patientinnen und Patienten orientieren.
- Kommunen und Regionen mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für die gesundheitliche Versorgung und die Pflege einschließlich Formen der Bürgerbeteiligung zu geben, sowie sie dabei zu unterstützen, Pflegeberatung anzubieten.
- die Rahmenbedingungen für die Gründung, Trägerschaft und Leitung Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) reformieren. So können beispielsweise auch Ärztenetze, Gesundheitsverbünde, Patientenorganisationen, Pflegeeinrichtungen oder Hebammen solche Zentren gründen und auch qualifiziertes nichtärztliches Gesundheitspersonal diese leiten.
- die Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben, um in ländlichen Regionen moderne Kommunikations- und Informationstechnologien für eine bessere Versorgung zu nutzen
- die Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen neu ausgestalten, so dass mehr teamorientierte Zusammenarbeit auf Augenhöhe entsteht. Dazu gehört besondere Pflegekräfte (z.B. Case-ManagerInnen oder Family Health Nurses) zu qualifizieren, die eigenständig bestimmte Aufgaben übernehmen dürfen, ebenso wie Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern.
- die regionale Versorgungsbedürfnisse stärker in der Ausbildung der Gesundheitsberufe zu berücksichtigen: Durch Praktika bei (ländlichen) Hausarztpraxen, mobilen Rehabilitationsteams oder ambulanten Pflegediensten, durch Stärkung der Allgemeinmedizin im Medizinstudium oder durch Förderung von Studierenden und Auszubildenden aus strukturschwachen Regionen.

## GEMEINSAM PLANEN, ENTSCHEIDEN UND FÖRDERN

### 4 | Mit gemeinsamer Planung Regionen attraktiv und lebendig gestalten

Als grüne Bundestagsfraktion setzen wir uns auch in dünner besiedelten Regionen, in Städten und Gemeinden für kurze Wege, eine gut erreichbare öffentliche Infrastruktur und lebendige Ortskerne ein. Das macht das Wohnen in der Mitte der Stadt oder des Dorfes attraktiv. Weil eine gesunde Natur Regionen lebenswert macht, sollen Landschaften weniger zersiedelt und weniger Flächen verbraucht werden. Es ist paradox, dass gerade dort, wo viele Menschen abwandern, die meisten und größten Baugebiete neu ausgewiesen werden. Denn das treibt die Folgekosten in die Höhe und schwächt die weitere Entwicklung vor Ort: Wege werden weiter, Infrastruktur teurer, und oftmals erweist sich das neue Bau- oder Gewerbegebiet als Fehlinvestition. Diese Fehlentwicklungen wollen wir angehen und Stadt- und Ortszentren durch Innen- und Nachverdichtung stärken.

Wir wollen Regionen konsistent planen: Die Vorgaben der Raumordnung, der Landesplanungen und der Bauleitplanungen müssen vor Ort ein gemeinsames Ziel verfolgen. Wohnen, arbeiten, einkaufen, erholen und mobil sein wird so von Beginn an in der gesamten Region zusammengedacht. Eine neue Raumordnungs-Strategie soll helfen Verkehrswege, Naturräumen und Wohn- und Gewerbeflächen nachhaltig zu steuern. Planerische und finanzielle Instrumente können so aufeinander abgestimmt und die demografische Entwicklung in bestimmten Gebieten berücksichtigt werden. Um Menschen vor Ort mehr Entscheidungsfreiheit zu ermöglichen, wollen wir die Raumordnung auch mit neuen Werkzeugen ausstatten: In Regionalkonferenzen können alle Beteiligten mitbestimmen. Raumordnung entsteht so stärker Dialog, an dem Menschen interdisziplinär mitarbeiten. Wir wollen, dass die Städte und Gemeinden hier zusammenarbeiten und nicht im Wettbewerb stehen.

Als grüne Bundestagsfraktion wollen wir Mobilität auf dem Land zukunftsfest gestalten. Ländliche Räume dürfen nicht abgehängt werden. Deswegen brauchen wir neue Konzepte für den Pendelverkehr zwischen Land und Ballungszentren. Es darf nicht sein, dass auf dem Land oftmals der Schulbus neben dem privaten PKW die einzige Alternative darstellt, um den nächstgelegenen Supermarkt zu erreichen. Um ein möglichst breites und individuell nutzbares Mobilitätsangebot zu schaffen, müssen möglichst viele Verkehrsmittel klug vernetzt werden. Dazu sollen ÖPNV-Angebote durch Angebote wie Bürgerbusse und Ridesharing-Modelle ökonomisch und ökologisch ergänzt werden.

Angesichts verwaisender Regionen und einem veränderten Mobilitätsverhalten zeigt sich, dass das Konzept der Zentralen Orte zu starr und längst nicht mehr zeitgemäß ist. Danach ist festgelegt, dass an bestimmten Orten Einrichtungen wie Verwaltungsbehörden oder Kliniken, Hochschulen oder Theater für alle Menschen in der Region erreichbar sind. Heute zeigt sich: wer mobil ist, kann gute Angebote in großen, auch weiter entfernt liegenden Städten nutzen. Viele ältere Menschen sind davon abgehängt. Sie sind auf das Angebot vor ihrer Haustür angewiesen. Mobile Angebote und Alternativen zum eigenen Auto gewinnen für die Daseinsvorsorge deshalb an Bedeutung. Ebenso die Eigeninitiative von Bürger*innen auf dem Land, die wir besser beraten und vernetzen wollen.

Wir machen uns stark für lebendige Ortskerne. Das schließt ein, dass Innenstädte oder Dorfkerne weiter Wohnorte bleiben. Gerade älteren Menschen, die oftmals nur Schwierigkeiten haben, Kredite zu erhalten, wollen wir den altersgerechten Umbau ihres Hauses oder ihrer Wohnung durch Förderprogramme ermöglichen. Um die Nahversorgung mit Lebensmitteln zu sichern, wollen wir Direktvermarktung, mobile oder online Angebote und Modelle solidarischer Ökonomie stärken. Dorfläden sind wichtig für die Nahversorgung und können wertvoller Treffpunkt sein. Wenn im Ort die Geschäfte schließen, kann ihre Zwischennutzung als Jugendclub, Seniorencafé oder Kunstausstellung neues Leben bringen.

Um Ortskerne zu beleben, kann es an manchmal notwendig sein, einzelne Gebäude oder auch Straßenzüge zurückzubauen. Dieser Grundsatz ist in der Raumordnung und dem Städtebaurecht bereits angelegt. Als grüne Bundestagsfraktion ist für uns klar: Einen möglicher Rückbau muss man mit Augenmaß und gemeinsam mit den Menschen vor Ort angehen. Beispiele zeigen, dass im Rückbau auch ein Neubeginn liegen kann. Etwa wenn sich Wohnverhältnisse nach einer energetischen Sanierung verbessern. Im Rahmen der Städtebauförderung wollen wir Anreize schaffen, die über die gesetzlich vorgesehene Entschädigung hinausgehen.

**ZUR UMSETZUNG DIESES ZIELS WOLLEN WIR:**

- Bürgernah planen und entscheiden: Durch neue Instrumente in der Raumordnung wie etwa Regionalkonferenzen oder Runde Tische
- Hand in Hand planen: Kommunal-, Regional-, Landes- und Bundesebene in ihrem Ziel der integrierten Entwicklung aufeinander abstimmen und Ressortdenken überwinden

- Zentrale-Orte-Konzept flexibler ausgestalten: Mit lokal festgelegten Zielvereinbarungen beispielsweise bei der Erreichbarkeit einer öffentlichen Einrichtung (Outcome-Orientierung) können Regionen passgenaue Lösungen entwickeln
- Mehr Zusammenarbeit zwischen Kommunen anregen: Bei zweckgebunden Zuweisungen des Bundes an die Länder, sowie der Länder an die Kommunen oder bei Förderprogrammen sollten Anreize zur interkommunalen Kooperation gesetzt werden
- Neue Konzepte für den Pendelverkehr zwischen Land und Ballungszentren sowie für die Mobilität vor Ort entwickeln: Verkehrsmittel klug vernetzen und durch alternative Bedienformen wie Ride-Sharing oder kombinierte Verkehre ergänzen
- Eine obligatorische Nachweispflicht fehlender Innenentwicklungspotentiale vor der Ausweisung neuer Baugebiete einführen, um Flächenverbrauch zu reduzieren
- Wasserver- und Abwasserentsorgung modernisieren: Dezentrale möglichst ortsnahe Systeme, die dem Grundsatz nachhaltiger ökologischer Wasserwirtschaft folgen und Ausnahmen beim Anschluss- und Benutzungszwang für abgelegene Wohneinheiten zulassen
- Altersgerechten Umbau erleichtern: Ein neuer Barrierefreiheitsbonus soll bezahlbare altersgerechte Wohnungen und Umgebungen fördern. Ebenso die Wohnraumförderung der Länder und die Förderprogramme der KfW
- Leere Gebäude zwischennutzen und Rückbau ermöglichen: Durch Leitfäden und Beratung der Kommunen sowie eine neue Fördermaßnahme Rückbau im Rahmen der Städtebauförderung

## 5 | Für mehr finanzielle Gestaltungsspielräume vor Ort sorgen

Städte und Gemeinden brauchen eine angemessene finanzielle Ausstattung, um ihre Aufgaben, auch in schrumpfenden Regionen zu bewältigen. Wir wollen die Kommunen strukturell besser stellen, indem der Bund für eine spürbare Entlastung bei den kommunalen Sozialausgaben sorgt. Der Bund muss finanzschwache Kommunen durch Investitionsprogramme zum Beispiel im Schulbereich unterstützen. Künftig sollen Förderprogramme sich nicht mehr an Himmelsrichtungen sondern an Bedürftigkeit ausrichten. Ein Altschuldenfonds kann einen Neustart für hoch verschuldete Kommunen ermöglichen.

Förderpolitik wollen wir stärker an der Raumordnung orientieren, damit Gelder da ankommen, wo sie gebraucht werden. Die Regionalpolitik braucht ein nachhaltiges Fundament: Strukturfördergelder und Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung müssen neu ausgerichtet und aufeinander abstimmt werden. Wir folgen dabei dem sozialstaatlichen Anspruch, starke regionale Unterschiede auszugleichen sowie Zusammenhalt und Solidarität zwischen den Regionen zu fördern. Regionen sollen stärker als bislang eigene Schwerpunkte setzen und regionale Stärken heben können.

Die nach 2020 notwendigen Anpassungen der Förderpolitik wollen wir zum Anlass nehmen, sie grundlegend zu reformieren. Die Mitbestimmung vor Ort ist dafür wesentlich, etwa am Runden Tisch. Mit Beteiligten aus Gesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft können beispielsweise Fragen, ob die Region auf mehr Marketing im Tourismus oder Direktvermarktung von landwirtschaftlichen Produkten setzt, gemeinsam entschieden werden. Damit die Angebote auch genutzt werden, muss die Förderlandschaft von den EU-Fonds bis zu den regionalen Programmen vereinfacht und aufeinander abgestimmt werden. Demokratische und wirtschaftliche Entwicklung können neue Kriterien für Förderregionen werden. Wir wollen jegliche Förderung an den Zielen der Klimaneutralität und Nachhaltigkeit ausrichten. Frauen zu fördern und Jugendliche zu beteiligen, soll in den Programmen festgeschrieben werden.

**ZUR UMSETZUNG DIESES ZIELS WOLLEN WIR:**

- Kommunen finanziellen Spielraum geben: durch die Übernahme von kommunalen Sozialausgaben durch den Bund, die Unterstützung der Kommunen bei Investitionen im Bildungsbereich und durch eine Hilfe beim Abbau der hohen Schuldenstände
- Den Grundsatz „Öffentliches Geld für öffentliche Güter" zur Voraussetzung jedweder Förderung machen und die Förderlandschaft grundlegend reformieren: Programme von der EU bis in die Region aufeinander abstimmen, mehr Beratung anbieten und Verfahren vereinfachen; Querschnittsziele wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit vereinbaren
- Zielgerichtet fördern: Entscheidung über Verteilung der Fördergelder in die Hände der Menschen vor Ort übergeben und Regionalfonds zur bevorzugten Mittelvergabe machen; teilräumliche Entwicklungen in der Wirtschaft und Demografie beim Zuschnitt der Förderregionen berücksichtigen sowie Klimaneutralität und Nachhaltigkeit zur Voraussetzung machen
- Frauen- und Jugendbeteiligung in der Förderpolitik stärken: Frauen und Jugendliche obligatorisch an Runden Tischen beteiligen, Fördermittel geschlechter- und generationengerecht einsetzen
- Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz als Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung öffnen und enger mit Förderinstrumenten der regionalen Wirtschaftspolitik koordinieren; Agrarzahlungen und Agrarumweltmaßnahmen an ökologisch-regionaler Produktion ausrichten und stärker von der Förderung strukturschwacher Regionen trennen